

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Berammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Dienstag, den 11. Januar 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Ein Schmerzensschrei aus dem Lager der Postunterbeamten.

Bei Besprechung der Flottenvorlage haben wir mehrfach darauf hinweisen können, daß wichtige Kulturaufgaben in Preußen-Deutschland ihrer Erledigung harren. Bekanntlich ist im Jahre 1896 die Justiznovelle gescheitert, weil es zu kostspielig sei, die Strafkammern mit fünf Richtern zu besetzen. Beim neuen Militärstrafprozeß sollen die Standgerichte nur mit Offizieren besetzt werden, weil es zu kostspielig sei, je einen Arbitrur einzustellen. Die Wünsche des Publikums in Bezug auf Verkehrs-erleichterungen sind ebenso wenig beachtet worden, wie die Erhöhung des Maximalgewichts des einfachen Briefportos. Angesichts der Finanzlage, so hieß es am grünen Tische, könne die Reichsregierung den vorgedachten Reformen eben so wenig zustimmen, als einer durchgreifenden Gehalts-erhöhung für die Postunterbeamten.

Diese Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches hat in weiten Kreisen Befremden erregt, zumal gegenwärtig nach allen Regeln der Kunst das hohe Lied von der Flottenvorlage gesungen wird, deren Durchführung nach dem Stande unserer Finanzen spielend leicht denkbar. Allgemein wird der Satz verbreitet: „Handelt es sich um die Erfüllung kultureller oder sozialpolitischer Forderungen, so zeigt sich der Staat unter Berücksichtigung der Finanzlage ziemlich zugeknöpft. Diese Zugeknöpftheit wird aufgegeben, sobald es sich um die Erfüllung maritimer Forderungen handelt.“

Die Wahrheit dieses Satzes leuchtet auch hervor aus einem Artikel des „Deutschen Postboten“, der sich in recht lesenswerther Form mit dem diesjährigen Postetat beschäftigt. Es heißt da:

„Gleich der erste Punkt unter Titel 1 der Einnahme, auf den unser Blick fällt, läßt all die Bitterkeit, die sich durch die der Unterbeamtenklasse im letzten Jahre zu Theil gewordene Behandlung in uns gesammelt hat, von Neuem aufquellen. Während das Gehalt des Herrn Staatssekretärs der Postverwaltung um 6000 Mark höher (statt 24 000: 30 000 Mk.) in den Etat eingestellt, stehen die Gehaltsätze der Unterbeamten noch auf der alten Norm. Auffallend schnell haben sich die verbündeten Regierungen beeilt, der gelegentlich der Beratung der Besoldungsaufbesserungs-Vorlage vom Reichstage beschlossene Resolution zu entsprechen, die den Herrn Reichskanzler ersuchte, zu veranlassen, daß in dem nächsten Reichshaushaltsetat die Besoldungen der Staatssekretäre des Reichs-Marineamts, des Reichsjustizamts, des Reichsschatzamt und des Reichspostamts auf je 30 000 Mark erhöht würden.“

Das nennen wir eine prompte Erledigung und eine rücksichtsvolle Behandlung der Wünsche des Reichstages. Allerdings, was die prompte Erledigung der Resolution Singer anbelangt, die die Erhöhung des Anfangsgehältes für die Unterbeamten auf durchweg 900 Mark und des Höchstgehältes der Landbriefträger um 100 Mark verlangte, darüber können wir uns wirklich nicht beklagen. Denn genau zu derselben Zeit, wo die Regierungen durch den Etat ihre untersten Angestellten mit der freudigen Nachricht überraschten, daß das Gehalt ihres Herrn Chefs um 6000 Mark erhöht sei, — genau in demselben Augenblicke ließen sie dem Reichstage auch die „Ubersicht der vom Bundesrathe gefaßten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstages aus früheren Sessionen“ zugehen. Und hierin machten sie allen, die es angeht, die traurige Mitteilung, daß sie zu ihrem größten Bedauern leider nicht in der Lage gewesen seien, den Landbriefträgern die erbetenen 100 Mark Erhöhung zu geben. Zwar die Entscheidung der Reichsregierung über die beantragte Gleichstellung aller Postschaffner steht noch aus, aber Geduld, deren gleichfallsige Ablehnung erfahren wir auch noch früh genug. Die Regierungen sind nur von „Wohlwollen“ für uns erfüllt, wenn sie uns diesen Theil verkäuflich noch vor-enthalten. Sie befinden sich in der Rolle des Mannes, dem das Herz blutete, seinem Hunde den ganzen Schwanz

mit einem Male abzuschneiden und der aus lauter Mitleid zu dem Entschlusse kam, ihn stückweise nach und nach, zu entfernen. Ja, wahrhaftig, die Bitterkeit wälzt in uns auf!

Kommen wir angesichts der im Etat zum Ausdruck gelangenden verschiedenartigen Behandlung noch einmal auf einige Punkte der diesjährigen Gehaltsaufbesserungsvorlage zurück, lediglich, um an der Haltung der Regierungen das Wohlwollen für uns und unsere Klasse zu ermaßen.

1895/96 versprach der Herr Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky, daß er, „falls sich bei dem . . . durchgeführten Altersstufen-system für einzelne Kategorien der Postbeamten ernstlich fühlbare Härten herausfinden, versuchen würde, in der Zustimmung des Bundesrathes und insbesondere der preussischen Stimme eine entsprechende Milderung zu erlangen“. Nun lag und liegt doch die Schädigung der Post-Unterbeamten als Gesamtheit klar auf der Hand. Ein einfaches Rechenexempel an der Hand des Etats ergibt dies zur Evidenz.

Der Etat für 1894/95, der letzte vor der Einführung der Regelung der Gehaltszulagen nach dem Altersstufen-system weist in seinen Titeln 25 und 26 auf: 22 803 etatsmäßige Unterbeamte im inneren Dienst, Packetträger und Stadtpostboten (18 935 + 141 + 3740 = 22 803); diese bezogen zusammen 26 253 035 Mk. In demselben Jahre bezogen 15 400 Landbriefträger (Titel 27) 11 935 000 Mk., das macht pro Kopf 775 Mk., — wohlgenügend, bei einem Gehaltsätze von 650 Mk. bis 900 Mk.

Nach dem Etatsansatz für das Jahr 1898/99, vier Jahre nach dem Inkrafttreten der neuen Regelung, beziehen 30 712 (30 575 + 153 + 16 = 30 712) Unterbeamte im inneren Dienst (Postschaffner usw., Titel 25) 34 772 890 Mk., oder pro Kopf 1132 Mk. Das ist gegen früher eine Einbuße pro Kopf von 19 Mk., oder für die genannte Unterbeamten-Kategorie von 583 528 Mk.

Und für die Landbriefträger (Titel 26) stellt sich die neue Regelung folgendermaßen: Für 18 300 dieser Unterbeamten sind ausgeworfen 14 085 350 Mk., das ist ein Einkommen pro Kopf von 769 Mk., oder gegen den alten Zustand weniger pro Kopf 6 Mk. oder 109 800 Mk. für die gesammte Kategorie.

Der Reichssäckel hat also durch die neue Regelung allein bei den Postunterbeamten baar gespart ca. 3/4 Millionen Mark; um diesen Betrag wäre die für die Unterbeamten ausgeworfene Summe höher gewesen, wenn das Reich gezwungen gewesen wäre, den Unterbeamten die alten Durchschnittsätze zuzuwenden.

Und — o garstige Ironie des Schicksals! — der Reichssäckel hat, trotzdem das Anfangsgehalt der Landbriefträger inzwischen um 50 Mark erhöht worden ist, trotz alledem keine Mehrausgabe für diese Beamtenklasse zu verzeichnen, wie es unter normalen Verhältnissen der Fall sein müßte, sondern — man denke: trotz der Gehaltserhöhung!!! — eine Reduktion der Ausgaben um 109 800 Mark!! Die armen glücklichen Landbriefträger! Großmüthig legt unsere wohlwollende Regierung ihnen 50 Mk. am Gehalte zu. Aber während die Armen am Jahreschlusse diese traurige Bilanz ziehen, ziehen die Herren vom Reichsschatzamt schmunzelnd den Reichssäckel zusammen. Das ist noch ein Geschäft, man muß es nur verstehen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen!

Nach diesen offensibaren Schädigungen hätte man von der Reichsregierung erwarten sollen, daß es ihr eine Ehrenpflicht gewesen wäre, ihr Versprechen einzulösen. Weit gefehlt. Die Besoldungsaufbesserungsvorlage kam, und wer leer ausging, waren die gesammten Unterbeamten, sowohl die des Reichs (abgesehen von den Unterbeamten der Reichseisenbahnen) als diejenigen Preußens. In der bez. Denkschrift des Reiches hieß es zwar, daß die bereits 1890/91 und später mit Gehaltserhöhungen bedachten Kategorien jetzt nicht wieder berücksichtigt werden sollten, das hinderte die Reichsregierung aber nicht im Mindesten, für Postdirektoren, Bureaubeamten 2. Klasse beim Reichspostamt, Postmeister, Postinspektoren usw., die alle kurz vorher die Wohlthaten der Gehaltsaufbesserung erfahren hatten, auch diese 5 Mal wieder Erhöhungen zu beantragen.

Nur die Unterbeamten wurden nicht berücksichtigt, weil — ihrer so viele sind; weil selbst bei Auswerfung geringer Beträge

es gleich in die Millionen geht, und weil das Reich diese Millionen zu anderen Zwecken gebrauchen wollte.“

Im Weiteren werden dann die Forderungen für die Flottenvorlage im Vergleich gestellt und es wird behauptet, daß man Angesichts dieser gewaltigen Ausgaben den Etat nicht unnötig habe belasten wollen. Es sind abgelehnt worden winzig kleine Summen:

187 000 Mark für die Landbriefträger, rund eine Million für die übrigen Unterbeamten.

Der „Deutsche Postbote“ sagt: „Man ließ und läßt die Schädigung der Unterbeamten um nahezu 3/4 Millionen bestehen und nimmt dies Geld als willkommene Ersparniß an. Und zu einer derartigen Haltung der Regierung sollten wir stillschweigend, ein so beschaffenes „Wohlwollen“ sollten wir nicht gebührend kritisieren? Da wären wir Verräther an der Sache der Unterbeamten, wollten wir uns bescheiden und stillschweigend die uns aufgeladene Würde tragen.“

Dieser Schmerzensschrei aus dem Lager der Postunterbeamten wird nicht erstickt werden können durch das Geschrei und den Lärm der Nationalliberalen, der Konservativen, der Freisinnigen weiblicher Linie, des Centrums und der Antisemiten nach Vermehrung unserer Flotte und Realisirung eines größeren Deutschlands, das im Innern so tieftraurige Zustände zeitigt. Bei den nächsten Wahlen werden die Postunterbeamten die Antwort nicht schuldig bleiben.

Am Scheidewege.

Wird man im Jahre 1898 sozialpolitische Thaten der gegenwärtigen Reichsregierung sehen? Das glauben wir nicht, nachdem man aus dem Munde des Grafen Posadowsky vernommen hat, daß die Arbeiter das Koalitionsrecht nicht brauchen, weil sie das allgemeine Wahlrecht haben. Eine Politik, deren Horizont so eng begrenzt ist, begnügt sich mit den abgestandenen Ueberresten Bismarckscher Weisheit. Schon zur Zeit, als der Reichstag noch an den Versicherungsgesetzen arbeitete, wurde die Alters- und Invaliditätsversicherung der Schlüsselstein des ganzen Gebäudes der „Sozialreform“ bezeichnet, und sie ist es bis heute auch geblieben. Neue sozialpolitische Ideen sind von Herrn Posadowsky gewiß nicht zu erwarten, und im Uebrigen wird die innere Politik des Reiches zur Zeit vollkommen von anderen Fragen beherrscht. Während Herr Miquel im Hintergrunde mit einer „Finanzreform“, d. h. mit neuen Steuern lauert, sind die „Patrioten“ in Bewegung wegen der neu eröffneten Aera der „Seegewalt“, und die halbe Milliarde, welche Schlachtflotte kosten soll, macht den Finanzkünstlern zur Zeit mehr Kopfzerbrechen als die Arbeiterfrage. Allerdings — wenn wir immer tiefer in die chinesische Politik hineingerathen, da könnte es sein, daß auch aus ihr ein Stück „Sozialpolitik“ herauswächst. Die deutschen Kapitalisten werden sich wohl schwerlich die Gelegenheit entgehen lassen, aus dem annektirten chinesischen Gebiet Kulis, d. h. billigste Arbeitskräfte in Masse nach Deutschland zu verschiffen und die deutschen Arbeiter werden in eine verzweifelte Lage kommen, wenn der Arbeitsmarkt einmal mit Popsträgern überfüllt sein sollte. Da wird die Reichsregierung Stellung nehmen müssen und wird sich zu Maßregeln gedrängt sehen.

Im Uebrigen kann man ja leicht bemerken, daß die „Sozialpolitik“ der Regierung von der Stummischen Richtung beeinflusst wird. Das ist schon daraus zu erkennen, daß eine Anzahl jener Rätthe, die sich in die Sozialpolitik hineingearbeitet hatten und zu verhältnißmäßig arbeiterfreundlichen Anschauungen gelangt waren, bei Seite geschoben worden sind. Sie wollten nicht in das große Horn der Stumm und Genossen blasen — also weg mit ihnen!

Früher hatte die sozialistische Kritik immer die sogen. Manchesterliche Richtung am heftigsten angegriffen, weil diese den Kampf Aller gegen Alle proklamirte, bei dem der Schwache von dem Starken rücksichtslos unter die Füße getreten wird. Diese Richtung verwarf auch prinzipiell das Eingreifen des Staates zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen. Aber wie harmlos erscheint uns heute das Manchesterthum gegenüber dem „industriellen Königthum“ der Stumm und Genossen! Das Manchesterthum forderte zwar eine

unbegrenzte Freiheit für den Kapitalismus, aber es trat nicht grundsätzlich für die Unterdrückung der Arbeiterbewegung ein; es gestattete auch dieser ein gewisses Maß von Freiheit. Die Stumm'sche Richtung dagegen fordert die vollkommene politische und wirtschaftliche Rechte der Arbeiterklasse. Die Sozialgesetzgebung wird als schädlich verworfen, weil nur die Sozialdemokratie aus demselben Vortheil gezogen habe. Koalitionsfreiheit, Wahlrecht, jede Möglichkeit, eine politische Macht zu werden, möchte diese Richtung der Arbeiterklasse von vornherein abschneiden. Wenn auch vielleicht die Regierung nicht ganz so weit geht, wie die Stumm und Genossen, so läßt sie sich doch stark von denselben beeinflussen. Die Reaktion erreicht bereits Alles, was es wagt, irgendwie arbeiterfreundlich zu denken; sogar christlich und national-soziale Professoren und Pastoren werden von der Presse des Königs Stumm als staatsgefährlich denunziert.

Das sind Erscheinungen, die selbst zu Bismarck Zeiten nicht in dem Maße möglich gewesen wären, wie gegenwärtig. Bismarck liebte die Arbeiter sicher auch nicht mehr, als sie Stumm liebt; der beste Beweis dafür lag in der Art, wie er seine Blätter gegen die sogenannten sozialpolitischen Kurze losfahren ließ, weil nach seiner Meinung die Universitäten nicht dazu da sind, um den Arbeitern national-ökonomische Kenntnisse beizubringen. Allein trotz Sozialistengesetz und Polizeiherrschaft war man zu Bismarck's Zeit noch etwas klüger; man wollte den Arbeitern nicht die Meinung heibringen, als hätten sie nicht einmal mehr das Recht, einen selbstständigen Gedanken zu hegen, wenn man auch in Wirklichkeit darauf ausging, alle Selbstständigkeit bei ihnen zu vernichten. Darin liegt also der ganze Unterschied. Die König Stumm'sche Richtung zeigt sich unverschleiert, und glaubt, dadurch zum Ziele zu kommen, indem sie den Arbeitern ankündigt, daß sie mit plumper Gewalt Alles erreichen will.

Das wird, hoffen wir, keine Früchte tragen. Mehr als tausend sozialdemokratische Reden und Schriften sind die Drohungen der Stumm und Genossen geeignet, die noch indifferenten Elemente unter den Arbeitern zum Klassenbewußtsein zu erwecken.

Die Wahlen kommen näher und näher; sie müssen um die Mitte dieses Jahres spätestens vollzogen sein. Das deutsche Volk hat die erhoffte Gelegenheit, einen Umschwung zu bewirken.

Vom Bürgerthume hoffen wir nichts und fürchten wir nichts. Soweit es oppositionell ist oder scheint, ist es in drei kleine Gruppen zerspalten, die sich in politischer Krähwinkel bewegen. Beim Zentrum läßt sich das Bürgerthum von den Pfaffen gängeln.

Hoffentlich gelingt es der Sozialdemokratie, die alten Parteien zu schwächen, so daß sie wirksam gegen einander ausgespielt werden können.

Herr von Posadowsky hat höhnisch gesagt, eine sozialdemokratische Majorität im Reichstage würde keinen Staatsstreik notwendig machen, sondern schon unter dem Druck der öffentlichen Meinung auf selbst zusammenbrechen. Nun, wir rechnen vorläufig auf keine sozialistische Majorität im Reichstage und fühlen uns auch nicht „regierungsfähig“. Aber darauf rechnen wir mit ziemlicher Sicherheit, daß die Wahlen einen Reichstag bringen der den Stumm und Genossen einen Strich durch ihre Rechnung macht.

Da kann es denn leicht passieren, daß auch die Regierung, zu deren Sprachrohr Herr v. Posadowsky sich aufgeworfen hat, unter dem „Druck der öffentlichen Meinung“ verschwinden und einer anderen Platz machen muß. Und zwar liegt dieser Fall unendlich näher, als der Zusammenbruch einer etwaigen sozialistischen Reichstagsmehrheit.

Wir werden ja sehen, was kommt. Das deutsche Volk, so hoffen wir, wird weder Herrn Stumm noch Herrn Posadowsky zu Gefallen leben wollen, und die Arbeiter werden mit aller Macht soziale Reformen fordern, aber nach ihrem Geschmack, und nicht nach dem der Kapitalisten.

Politische Handjemanden. Deutschland.

Die Sozialdemokratie in der Armee. Die Berliner „Staatsbürgerzeitg.“ beschäftigt sich mit der Frage, wie sich das Heer gegen die Sozialdemokratie zu schützen habe. Es wird ihr in dieser Beziehung von einem „Wissenden“ geschrieben:

„Lange Zeit vor der Einstellung der Rekruten in das Heer hat sich die Militärbehörde mit den zuständigen Polizeibehörden in Verbindung gesetzt, um zu ermitteln, wer von den zukünftigen Vaterlandsverteidigern Anhänger der Sozialdemokratie ist. Jedem Kompagnie-, Schwadronen- oder Batterieführer sind demnach diejenigen Leute bekannt, die vor ihrer Einstellung als sozialdemokratische Agitatoren thätig waren oder sozialdemokratische Gesinnungen gezeigt haben. Solche Rekruten werden naturgemäß mit ganz besonderer Fürsorge behandelt. Dies zu thun, ist Pflicht der Militärbehörde, und sie erfüllt sie mit größter Sorgfalt, mag die Sozialdemokratie auch noch so sehr in ihren Organen und im Reichstage darüber zeteren.“

Das antisemitische Organ illustriert mit dieser Auslassung, auch ganz „naturgemäß“, den Tiefstand seines politischen „Geistes.“

Wie wir über die in Rede stehende polizeiliche und militärische Praxis denken, brauchen wir nicht näher darzulegen. Aber der Stimme eines bürgerlich-demokratischen Mannes wollen wir Raum geben. Die Berliner „Volks-Ztg.“ knüpft an obige Auslassung folgende Bemerkungen:

„Die hier beschriebene Thatsache, daß jeder deutsche Rekrut

unterliegt, ist schon früher bekannt geworden. Man wird bei dieser Gelegenheit wieder einmal daran erinnert, was alles für Dienste die deutsche Polizei zu leisten hat. Daß eine korrekte Erfüllung des ihr aufgetragenen politischen Forchtendienstes nicht möglich ist, daß ihr die verhältnismäßig höchsten Zerkümmern passieren müssen, liegt auf der Hand. Denn was ist sozialdemokratische Bestimmung? Die Anstalten gehen darüber weit auseinander. Leute, die in der Stumm'schen „Post“ thätig sind, nennen bereits sozialdemokratisch, was christlich-soziale Blätter nicht staatsgefährlich nennen; und mancher staatsgefährliche Staatsstreich erachtet der Antrag Stumm mit Recht als sozialdemokratisch, als es irgend ein Arbeiterkompagnie der sozialdemokratischen Fraktion ist. Außerdem kann in Folge einer überdrückten Demoralisation der politisch-harmloseste Militärdienstpflichtige bei der Polizei als schlimmster Anarchist gelten und als solcher der Militärbehörde suspekt sein. Schon um dieses nahegelegenen Mißbrauches willen sollten es die Polizeibehörden ablehnen, sich als politische Untersuchungsbehörde verwenden zu lassen.

Nicht näher dargelegt wird, was unter der „ganz besonderen Fürsorge“ und der „größten Sorgfalt“ zu verstehen ist, deren sie die als der Sozialdemokratie schuldig oder verdächtig bezeichneten Rekruten zu erheuen haben. Heißt dies, daß man durch ihre Behandlung ihnen den Militärdienst, so weit dies das öffentliche Interesse zuläßt, so angenehm wie möglich gestaltet, um ihnen zu zeigen, daß sie keinen Grund hätten, gegen die Arme eingenommen zu sein, so können wir dagegen nichts einwenden; wir müssen sogar wünschen, daß eine solche Behandlung alle Soldaten ohne Unterschied ihrer politischen Bestimmung zu Theil werde.

Etwas Anderes ist es, welche thatsächlichen politischen Erfolge man mit all diesen Maßnahmen erreicht. Wenn der Soldat in das bürgerliche Leben zurück entlassen wird, ist er politisch wieder selbstständig geworden. Dann kann er sich politisch wieder betheiligen, wie er will. Schließlich ist daran zu erinnern, daß die Sozialdemokratie wiederholt offiziell und feierlich erklärt hat, daß, wenn es Noth thut, jeder sozialdemokratische Soldat bei feindlichen Angriffen gegen das Deutsche Reich seinen Mann stehen wird. Und wer wollte daran ernstlich zweifeln? Was soll also die ganze polizeiliche Bestimmung zu Theil werde?

Was sie soll? Es genügt ohne Zweifel auch der „Volkszeitung“, zu wissen, daß diese Praxis zum herrschenden System gehört.

Die Rechnung wird präsentiert. Nachdem der Kiautschau-Vertrag zwischen Deutschland und China zu Stande gekommen ist, wird der Reichskanzler, wie das „Berl. Tagebl.“ mittheilt, an die gesetzgebenden Körperschaften mit einer Nachtragssforderung herantreten, um den sich aus dem Abschluß des Vertrages ergebenden Konsequenzen entsprechen zu können.

Der Reichskanzler wird nicht nur mit einer Nachtragssforderung an den Reichstag herantreten, sondern auch die Genehmigung des Vertrages selbst vom Reichstage fordern müssen.

Ueber die Geldmittel, welche die Okkupation Kiautschaus erheischen wird, ist noch gar nichts bekannt. Von den Konservativen bis zur Freisinnigen Vereinigung wird der Reichstag geschloffen für diese Forderungen stimmen.

Die Konservativen und das allgemeine Wahlrecht. In der „Kreuzzeitung“, dem Organ mit der Parole: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“, läßt sich ein Zeitartikler vernachlässigen, der schmerzgleich berührt davon ist, daß die Begner ihm und seiner Partei eine ausgesprochene Feindschaft gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und das Volk, dasselbe bei der ersten besten Gelegenheit zu beseitigen, zuschreiben. Der Artikelschreiber der „Kreuzzeitung“ verwahrt sich und die konservative Partei feierlich gegen eine solche Absicht — obgleich z. B. die Grafen v. Limburg-Stürum und Mirbach in ihren Reden im Reichstag keinen Zweifel darüber bestehen ließen — und wünscht, daß der bevorstehende konservative Parteitag in Dresden eine diesbezügliche Erklärung abgebe. Aber mit einer sehr wesentlichen Einschränkung. Der Parteitag solle sich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aussprechen, aber gegen die geheime Stimmabgabe, weil diese der politischen Korruption Vorschub leiste!

Uns wäre eine solche Erklärung des konservativen Parteitages außerordentlich erwünscht, eine bessere Wahlagitator gerade gegen die Konservativen könnten wir uns, trotz ihrer sonstigen Sünden gegen das arbeitende Volk, nicht wünschen.

Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne die geheime Stimmabgabe ist fast werthlos, es ist ein Lichtenberg'sches Messer ohne Hest und Klinge und nur ein Volks- und Arbeiterfeind erster Klasse kann sich für eine solche Forderung entscheiden.

Dank der frommen „Kreuzzeitung“, daß sie vor den Wahlen so offen ihr Innerstes enthüllt. Ob der konservative Parteitag in Dresden ihren Wünschen nachkommt oder nicht, wir wissen woran wir sind!

Von der Germanisirung der Polen. Gegenüber der Ankündigung einer neuen Dotirung des Ansiedlungsfonds für die Provinzen Posen und Westpreußen mit weiteren 100 Millionen zur angeblichen Förderung des Deutschthums unterzieht die „Pos. Ztg.“ die in Betracht kommenden Verhältnisse einer sachgemäßen Besprechung, die zu einer entschiedenen Verwerfung eines solchen Staatsaufwandes führt. Sie stellt fest, daß von dem bisherigen Hundertmillionenfonds 70 Millionen für im Ganzen 1975 Ansiedler aufgebraucht worden sind, von denen aber nur 1167 Bayern aus anderen deutschen Landestheilen stammen; um diese Zahl ist also mit so enormen Kosten das deutsche Element in den Ostmarken verstärkt worden. Danach auf jeden dieser Bayern über 60,000 Mark! Schon diese Summen beweisen die Ungeheuerlichkeit dieser Art von Kulturpolitik. Die „Pos. Ztg.“, die doch gewiß frei von allen polnischen Tendenzen ist, zugleich aber ein sachverständiges Urtheil über die Zustände in den Ostmarken besitzt, weist aber auch weiterhin nach, daß die Begründung dieser Politik mit den zu bekämpfenden „großpolnischen“ Be-

strebungen eine durchaus verfehlte ist. Eine Absonderung der Nationalitäten suche in erster Reihe der deutsche Palastistenverein herbeizuführen, n. a. durch einen Wohlthätigkeitsverein gegen die polnischen Geschäfte. Für die Behauptung aber, daß auf die Wiederherstellung eines polnischen Nationalstaats hingearbeitet werde, sei bis jetzt auch nicht die Spur eines Beweises beigebracht worden. Zur Verbreitung der deutschen Sprache aber sei es besser mehr Volksschulen zu gründen, als für einen Bayern 60,000 Mark auszugeben. — Die Wahlen zeigen, daß die Polen ständige Fortschritte machen infolge der „Germanisirung“ politisch la Bismarck.

Gegen die Vergewaltigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hatte dieser Tage die „Frankf. Bzg.“ Stellung genommen. Damit hat sie sich eine „Brechtweitung“ durch die „Kreuzzeitung“ zugezogen. Koalitionsfreiheit für die Arbeiter ist Unsinn, — so ungefähr lautet die Meinung des Unterorgans. Es ist ja allerdings das charakteristische Merkmal geistig rückständiger Elemente, daß sie das Natürlichste als widerständig, das Unmöglichste als Thatsache ansehen. Daß Tode wieder lebendig werden, das wissen sie ganz genau, wenn man ihnen aber von der Entwicklung des Affen zum Menschen spricht, da haben sie nur ein höhnisches Lächeln für solchen Unverstand. Die „Frankf. Bzg.“ erzählt nun zu Noth und Frommen der „Kreuzzeitung“ und „anderer Leute“ eine, vielen unserer Leser gewiß bekannte hübsche Geschichte: Kam da ein junger Seemann nach Hause an die Waterkant und trinkt Thee bei seiner alten Großmutter.

„So, mein Sohn, du vertellst mit ool'n Weten, jagst die alte Dame. Er erzählt denn nun mit aller Kraft, aber immer, wenn er fertig ist, will die Alte noch mehr hören. Schließlich bricht ihm der Ungeschweiß aus.

„Ja, Großmutter,“ sagt er, „weißt Du, im Tübischen Ozean, da war's aber kannibalisch heiß; den' mal, an einem Tag sind uns da zwölff Pfund Eisen vom Buganker abgeschmolzen.“

„Min arme Jung“, sagt die Alte und sieht ihn über die Brille mitleidig an, „wat heßt Du dor uistahn mönt? Weeßt Du nix mehr?“

„Na, nu ist's einerlei,“ denkt er, „nu lig' nur weiter.“

— „Ja, den' mal, Großmutter“ fährt der Schlingel ernsthaft fort, „da gingen wir mal im Rothen Meer zu Anker, — was hängt daran? Ein ganz wunderbar geformtes, uraltes Rad. Und weißt Du, was der Herr Pfarrer sagte? Er sagte, das wär' ein Vorberrad von Pharaos Wagen!“

„Ja,“ sagt die alte Frau ganz gerührt, „säht Du, dat is en Beweis für de Bibel!“

Nun ist er aber mit dem Wägen zu Ende. „Weeßt Du nix mehr?“ fragt Großmutter.

„Dann bleib nur bei der Wahrheit!“ denkt er verzweifelt. „Du glaubst es vielleicht nicht, Großmutter, aber da unten hinter Madeira, da giebt es fliegende Fische.“

Aber da springt die Alte enttäuscht auf und schreit: „Wullt Du Endsel mit olle Feu fot Narren hebban? So veel weet ik ool, dat de Fisch nich fliegen können; psui, scham Di!“

Wem springt da nicht sofort die frappante Ähnlichkeit zwischen der alten Frau und der „Kreuzzeitung“ in die Augen? Das Rad von Pharaos Wagen, ja das ist nach ihrem Geschmack, aber Koalitionsfreiheit, das ist für sie ein — fliegendes Fisch. — Und Ihr deutschen Michel, die Ihr nicht zur Sankerklique gehört, wie lange wollt Ihr es noch dulden, daß solche „olle Wiemer“ die Geschichte des deutschen Volkes bestimmen?

Der Fall Fink. Die Verhandlungen des Reichstages über den Fall Fink haben in der deutsch-amerikanischen Presse viel Staub aufgewirbelt. Der Redakteur der „Post“ scheint danach unter den Deutschen in den Vereinigten Staaten ein sehr bekannter, aber nicht gerade rühmlich bekannter Mann zu sein. Unter anderen ist dem „Vorwärts“ die Nummer 13 der „Kansas City Reform“ vom 23. Dezember zugegangen, die einen langen Artikel enthält unter der Ueberschrift: Carolus Fink, Sch. . . und Kaktuskönig, in dem eine Fülle von Mittheilungen über die Thaten Fink in den Städten Mexico, Kansas City und Chicago gemacht worden, die, wenn — um mit Herrn von Kardorff zu reden — nur der zehnte Theil davon wahr ist, den Redakteur Fink in jeder anständigen Zeitungsredaktion für immer ganz unmöglich machen.

Es sind Schritte gethan, um ein möglichst umfangreiches Beweismaterial gegen Fink zu Tage zu fördern. Auch hat Debel die ihm zugegangene Aufforderung des Schiedsmanns, zu einem Sühneterrin zu erscheinen, abgelehnt mit dem Hinweis, daß er einen gerichtlichen Austrag der Sache wünschen müsse.

Zur Nachwahl. Im nächsten pfälzischen Wahlkreise Homburg-Ausel, wo an Stelle des verstorbenen nationalliberalen Vertreters Professors v. Marquardsen eine Ersatzwahl vorzunehmen ist, kandidirt von unserer Seite Landtags-Abgeordneter und Stadtrath Franz Josef Ehrhart aus Ludwigshafen.

Frankreich.

Die Dreifus-Esterhazy-Affäre regt noch immer die Gemüther auf und das ist durchaus erklärlich, denn nach der jetzt vom „Siedle“ veröffentlichten, bisher geheim gehaltenen Ankündigung gegen Dreifus ist in dem Prozesse, wie ja auch schon frühere Mittheilungen bezeugten, ganz sonderbar verfahren worden. Die Anklageschrift gegen Dreifus bezeichnet das Bordereau als die Basis der Anklage. General Gouze, Unterchef des Generalstabes, übergab das Bordereau dem Major-

Taty du Cam behufs Eröffnung der Voruntersuchung. Gense fügte hinzu, das Vordereau sei an eine auswärtige Macht gesandt worden, aber in seine Hände gekommen; er könne jedoch auf Grund eines formellen Befehls des Kriegsministeriums nicht mittheilen, durch welche Mittel das Vordereau in seinen Besitz gelangt sei. Die Untersuchung ergab, daß die Handschrift des Dreyfus eine bemerkenswerthe Ähnlichkeit mit der Handschrift des Vordereau aufwies. Der Kriegsminister ordnete die Befragung des Schreibsachverständigen Gobert, Schreibexperte der Bank von Frankreich, an. Dieser erklärte die Schrift des Dreyfus mit derjenigen des Vordereau nicht für identisch. Der Kriegsminister, welchem dieses Gutachten Mißtrauen einflößte, ordnete die Befragung eines zweiten Experten an. Man wandte sich an Bertillon, den Chef des polizeilichen Körpermessaubendienstes. Bertillon erklärte die Schrift des Dreyfus mit derjenigen des Vordereaus für identisch. Daraufhin befahl der Kriegsminister sofort die Verhaftung des Dreyfus. Die Anklageschrift selbst giebt zu, daß das Vordereau die einzige materielle Grundlage der Anklage bilde. Als moralische Grundlagen figurieren die Aussagen verschiedener Generalstabsoffiziere, die erklären, Dreyfus sei in verschiedenen Bureaus durch seine inaktive Haltung und sein seltsames Wesen aufgefallen. Er habe sich zu späten Stunden allein in anderen Bureaus, als dem seinigen, befunden, ohne daß seine Anwesenheit dort nöthig gewesen sei, er habe besonders eifrig die auf eine Mobilisierung bezüglichen Akten studirt. Die Anklageschrift erwähnt, daß Dreyfus nach seiner Verhaftung gerufen habe: „Nehmt meine Schlüssel! Durchsucht alle meine Schubladen! Ihr werdet nichts finden!“ Die Anklageschrift konstatiert, daß bei der sofort angestellten Hausdurchsuchung thatsächlich nichts gefunden wurde, daß aber wahrscheinlich Dreyfus alle kompromittirenden Papiere versteckt oder vernichtet hätte. Die Anklageschrift theilt ferner mit, daß alle Verhöre mit Protokollen von Dreyfus gegen die erhobene Anklage wären angefüllt worden. Die Anklageschrift sucht weitere moralische Grundlagen für die Anklage in dem Privatleben des Dreyfus zu finden, welches durchaus nicht musterhaft gewesen sei. Die Anklageschrift nennt Dreyfus einen Schützenjäger; sie zählt viele Maitressen auf, die er vor und nach seiner Verheirathung gehabt habe. Eine Maitresse war eine Oesterreicherin, die sehr gut deutsch sprach und einen österreichischen Offizier zum Bruder hatte. Dreyfus, nachdem er einige Zeit Beziehungen zu dieser Demimondaine unterhalten hatte, zog sich von ihr zurück und sprach von ihr mit Ausdrücken wie „schäbige Spionin!“ Die Anklageschrift sagt, daß die dienstlichen Notizen, die Dreyfus während seiner Dienstzeit von den Vorgesetzten erhalten hatte, zumest gut seien, manchmal ausgezeichnet. Die Anklageschrift erwähnt endlich als einen Verdachtsmoment, daß Dreyfus häufig nach dem Elsaß reiste, daß die deutschen Behörden über seine Anwesenheit die Augen zudrückten, während andere französische Offiziere nur mit den größten Schwierigkeiten von den deutschen Behörden eine Erlaubniß zum Aufenthalt im Elsaß erhielten.

Das „Siecle“ behauptet, Oberst Biquart habe bereits im August 1896 Esterhazy denunziert, daß er Beziehungen zu einer deutschen Spionage-Agentur unterhalte. Nach einer Meldung des „Peit Parisien“ wird gegen Oberst Biquart unverzüglich die Disziplinarruntersuchung eingeleitet werden.

Der ehemalige Justizminister Senator Trarieu überreichte dem Kriegsminister persönlich ein Schreiben wegen der Esterhazy-Angelegenheit. Er äußert darin, daß er Angesichts der seltsamen Information gewisser Blätter, denen zufolge das Kriegsgericht am nächsten Montag nur bezwecke, der Anschuld Esterhazys die Kraft einer res judicata zu verleihen, und in Ermangelung einer Interpellation auf brieflichem Wege der Erregung Ausdruck geben müsse, die Alle empfinden, die von der Militärjustiz ein Werk der Aufrichtigkeit erwarten. Trarieu führt in seinem in „Temps“ veröffentlichten Briefe weiter aus, daß das Gutachten der Sachverständigen bezüglich des die Grundlage der Anklage gegen Dreyfus bildenden Vordereaus zu verschiedenen, sehr schwerwiegenden Einwendungen Anlaß gebe und daß die allgemein verbreitete Annahme, daß ein geheim gehaltenes Dokument den Mitgliedern des Kriegsgerichts erst im Rathungszimmer vorgelegt worden sei, schwere Zweifel an der Regelmäßigkeit des Prozeßverfahrens wachgerufen habe. Trarieu weist ferner auf die von dem Obersten Biquart festgestellte Thatsache hin, daß die Schrift Esterhazys große Ähnlichkeit mit den Schriftzügen des Vordereaus habe, daß Biquart den Chef und Vizechef des Generalstabes und den Kriegsminister von der Thatsache unterrichtet habe und daß Biquart von seinem Vorgesetzten zuerst ermuthigt worden sei, die Nachforschungen fortzusetzen und die Bedingungen vorzubereiten, unter denen die Wahrheit an den Tag gebracht werden könnte. Schließlich hebt Trarieu hervor, daß, wie es Esterhazy selbst behauptet, Dokumente aus den Prozeßakten des Dreyfus gestohlen worden seien. Warum sei nichts geschehen, um den Urheber des Diebstahls zu suchen. Man habe an dem Obersten Biquart falsche Depeschen geschickt, um ihn zu entehren, man habe jedoch den verbrecherischen Abfender nicht gesucht. Im Hinblick auf alle diese Umstände fordert Trarieu, daß eine neue Untersuchung wegen des Vordereaus angeordnet, der Prozeß Esterhazy in weitgehendster Öffentlichkeit verhandelt werde und Mathieu Dreyfus mit seinem Rechtsbeistand der Prozeßverhandlung beiwohnen könne.

England.

England und die ostasiatische Frage. Die britische Schiffsmacht in Port Arthur ist weiter verstärkt worden. Die Kreuzer „Iphigenia“ und „Immortalite“ und zwei Torpedozerstörer sind dort angekommen und der Rest des britischen ostasiatischen Geschwaders ist in Tschumulpo eingetroffen. Man nimmt jedoch an, daß die koreanische Angelegenheit sich ruhig entwickeln werde, indem Rußland, Japan und England sich verständigen würden. Das japanische Geschwader soll angeblich dem englischen Admiral Pattler zur Verfügung gestellt worden sein.

Ueber die Stimmung in der englischen Presse und den Gang der finanziellen Verhandlungen zwischen England und China schreibt ein Londoner Korrespondent dem „Vorwärts“ vom 6. d. Mts.:

„Die Maßnahmen Lord Salisbury's gegenüber dem Vorgehen Rußlands und Deutschlands in Ostasien finden hier nahezu überall Zustimmung, höchstens daß man auf liberaler Seite dem Finanzminister den Vorwurf macht, sich viel zu spät zu seiner jetzigen Politik entschlossen zu haben. Wenn er jetzt Japan auf seiner Seite finde, so sei das nicht sein Verdienst, sondern das Verdienst der Haltung Rosebery's zur Zeit des Krieges zwischen Japan und China. Abgesehen von diesen Parteilichenswürdigkeiten herrscht aber Einstimmigkeit darüber, daß England die von China gewünschte Anleihe vermitteln und jedem Versuch der Verfürgung seiner Vertragsrechte energisch entgegenzutreten solle. Wobei denn wieder auf liberaler Seite mit Genugthuung darauf verwiesen wird, welche kräftige Englands Position in Asien durch seine Vertheilungspolitik erfährt. In der Vorrede ging heute das Gerücht um, die Regierung sei zur Garantie der christlichen Anleihe entschlossen und werde dieselbe als dreiprozentiges Bauder zum Preise von 110 pCt. auf den Markt bringen, was Rußland freilich nicht kann. Was die englische Presse über den „Nachvertrag“ betreffs Kiaotchan schreibt, wird wohl der offizielle Telegraph eiligt nach dort berichtet haben. Abgesehen von einigen Kraftausdrücken über die Art, wie der Vertrag erlangt wurde, lauten die Kommentare insgesamt darauf hinaus, daß von einem förmlichen Protest Englands gegen denselben kaum die Rede sein wird, daß sich England aber die ihm aus seinem eigenen Selbstbestimmungsrecht mit China zukommenden Rechte um kein Notiz veräußern lassen werde. Der mit Bezug auf Ostasien sehr gut unterrichtete H. N. Mitarbeiter der „Daily Chronicle“ Mr. Henry Norman meint, wenn es in dem Vertrag heiße, daß Deutschland „ebenso wie andere Mächte“ einen Hafen in den chinesischen Gewässern zu haben wünsche, das sich höchstens auf das von den Portugiesen besetzte Macao anwenden lasse; in diesem Falle aber hätte man dem Vertrage gleich die Worte hinzuzufügen können: „absit omen!“ (möge es keine Vorbedeutung sein!).“

Charakteristisch für die englische Stimmung gegenüber dem deutschen Vorgehen ist die folgende Aeußerung der „Ball Mall Gazette“, welche die „Möln. Ztg.“ wiedergibt:

„Wir verlassen uns auf die Thatsache, daß die britische Flotte im fernem Osten eine beträchtlich größere Nummer in gewappneten Dampfschiffen hat, als die deutsche, und so betrachten wir die Wiedereröffnung der ostasiatischen Frage durch den Kaiser ohne ernste Sorge. Es ist indessen erlaubt, zu fragen, was der Verfasser des Kaiser-Telegrammes gesagt haben würde, wenn ein britischer V. Diederich angewiesen worden wäre, zu landen und sich eines chinesischen Hafens zu bemächtigen. Wir waren der Meinung, wenn der Kaiser irgend etwas in der Welt nicht leiden könnte, so seien das bewaffnete Einbrüche. Wir glauben, das sei ein höchst unverlässliches Beginnen in seinen Augen. Hat nicht Krpr. v. Marschall dem englischen Volschaffter bei einer bewundernswürdigen Gelegenheit vorgehalten, die Deutschen seien in Rechtsfragen ungemein empfindlich und würden sich niemals erlauben, Andern auf die Fährte zu treten? Man sollte in der deutschen Presse einen allgemeinen Ausbruch des Schmerzes und der Entrüstung über den Ton erwarten, den der deutsche Dr. Am (Ramsen) im fernem Osten angeschlagen hat.“

George Julian Harney, der ehemalige Chartistenführer, der im Februar v. J. seinen 80. Geburtstag noch bei voller Gesundheit und Geistesfrische feiern konnte, ist am 18. Dezember gestorben. Er war am 17. Februar 1817 in Kent geboren. Ein Kind armer Seelente hat er nur geringe Schulbildung genossen. Mit 17 Jahren kam er zu einem Buchdrucker, um das Schreibzeug zu erlernen, blieb aber nicht lange dabei, sondern wurde Schriftsteller. Damals bestand in England noch der Zeitungsstempel. Harney betheiligte sich hervorragend an dem Kampfe gegen den Stempel, der selbstverständlich ein großes Hinderniß für die Entfaltung der Presse war. Harney gab selbst eine „Ungestempele“ heraus und hat dafür mehrfach Gefängnißstrafen erlitten. Mit großer Begeisterung warf er sich in die Agitation für die Sache der Chartisten, deren Führer er neben Jones, Stephens und O'Connor wurde. Mitte der vierziger Jahre ging die Chartistenbewegung zurück. Harney war im Gegensatz zu vielen seiner Genossen konsequent und wurde Sozialdemokrat. Seit 1842 mit Engels, seit 1848 mit Marx bekannt, blieb er mit Beiden befreundet bis zu ihrem Tode. Im Laufe der Jahre ist Harney theils Redakteur, theils Mitarbeiter verschiedener Blätter gewesen, eine Reihe von Jahren hat er auch in Amerika gelebt. Zuletzt wohnte er in Richmond bei London. Er war ein ebenso glänzender Redner wie begabter Journalist. Bis zu seinem letzten Augenblick ist er thätig gewesen für die Sache des Proletariats. Gelang es ihm auch nicht, das englische Proletariat zu einer sozialistischen Massenbewegung hinzureißen, so hat er doch in Wort und Schrift Bedeutendes für die Ausbreitung des Sozialismus unter den Arbeitern Englands geleistet.

Lübeck und Nachbargebiete.

10. Januar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Depfert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern der Filiale Lübeck die Sperre verhängt worden. Das Streikomitee.

R. S. N.

R. Schenk, Lederstraße 3.

Wahl. Zum Markthallen-Auffeher ist der Schuhmann Kelling in Travemünde erwählt worden. Derselbe tritt seinen Dienst vermutlich schon am 15. Dezember ds. J. an.

Fouragepreise. Auf Grund der Bestimmung unter I. zu § 6 Biffer 3 der Instruktion vom 30. August 1887 zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Feldern wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die für die Vergütung im hiesigen Freistaate verabreichte Fourage maßgebenden Durchschnitte der höchsten Tagespreise mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert im verfloßenen Monat betragen haben für 1 Doppelzentner: Hafer 15,49 M., Weizen 7,61 M., Roggen 7,61 M., Krummstroh 6,56 M.

Vom Toge. Gestohlen wurde einem Geschäftsmann eine goldene Damenuhr.

Reichen der Zeit! Wegen Bettelns gerietten in Haft 12 Personen, als Obdachlose begaben sich in Schutzhaft 2 Personen.

Durch eigene Unvorsichtigkeit in den Tod gegangen ist der 19-jährige Tapezierlehrling Th. Peters, Sohn des Vorstehers vom Arbeitsnachweis in der Fischergrube. Der selbe näherte sich am Sonnabend Nachmittag gegen 4 Uhr in der Werkstelle seines Lehrern Kloeber, Johannisstraße 29, mit offenem Lichte einem zur Rottentvertilgung dienenden, mit explosiven Stoffen gefüllten Apparat, obwohl dies strengstens untersagt war. Die Folge war eine äußerst heftige Explosion, durch die der bedauerndwerthe junge Mann getödtet, zwei andere Lehrlinge verletzt wurden.

Dürken in Barbierstuben ohne Erlaubniß der Polizei Druckschriften vertheilt werden? Der Barbier G. in Danzig bestrich vor längerer Zeit eine Anzahl Barbierstuben und verbreitete dort eine Druckschrift, die an die Barbiergeschäften gerichtet war. Dierdurch sollte er die §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 verletzt haben. Nach dem § 10 des genannten Gesetzes darf niemand auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, oder an anderen öffentlichen Orten Druckschriften vertheilen, wenn er nicht eine polizeiliche Erlaubniß dazu besitzt. Und § 41 bedroht die Zuwiderhandlung mit Strafe. Das Schöffengericht verurtheilte G. zu einer Geldstrafe von 10 M. event. 4 Tagen Haft, und das Landgericht wies seine Berufung als unbegründet zurück. Die Strafkammer erklärte die Barbierstuben, zu denen jeder Zutritt habe, der sich barbieren lassen wolle, für einen öffentlichen Ort im Sinne des preussischen Preßgesetzes. G. sei also strafbar, da er an öffentlichen Orten die Druckschriften vertheilt habe. Auf die Revision des Angeklagten hob aber das Kammergericht die Verurtheilung auf und sprach G. frei, indem es ansführte: Die §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes seien allerdings noch rechtsgiltig, ihre Anwendbarkeit werde aber durch den § 43 Nr. 5 der Gewerbe-Ordnung etwas beschränkt, denn dieser Paragraph bestimme, daß man zum unentgeltlichen Vertheilen von Druckschriften in geschlossenen Räumen der polizeilichen Erlaubniß nicht bedürfe. Eine Barbierstube sei nun unzweifelhaft, wenn auch ein öffentlicher Ort, so doch ebenfalls ein geschlossener Raum. Demnach habe G. dort ohne polizeiliche Genehmigung die Schrift vertheilt dürfen und könne nicht wegen Vergehens gegen die §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes bestraft werden.

Schlutup. Eine sehr stark besuchte öffentliche Volksversammlung tagte gestern im Lokale des Herrn Blücher. Genosse Th. Schmarz referirte über die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Redner kritisirte eingehend die Thätigkeit des letzten Reichstages und des jetzigen Vertreters für Lübeck, um sodann ausführlich die Flottenpläne und ihren Rückhalt, die Weltmachtpolitik, in das rechte Licht zu stellen. Vielfache Zustimmungskundgebungen und der reiche Beifall der zahlreich Erschienenen bewiesen, daß unter Genosse die Anwesenden auf seiner Seite hatte. Auch aus den Nachbarorten waren eine ganze Reihe Zuhörer erschienen. Bedauerlich ist, daß infolge der völlig unpraktischen Verordnung von 1889 die Benutzung des Saales verboten war und man mit den untern Räumlichkeiten fürlieb nehmen mußte. Die Treppe ist etwa 25 Zentimeter zu schmal, für das nachher stattfindende Tanzvergnügen, auf welches die Verordnung keine Anwendung findet, genügte sie. Hoffentlich sorgt der Senat für Beseitigung dieses Uebelstandes. Es wirkt geradezu komisch, wenn man bedenkt, daß die Verordnung doch wohl nur zur Sicherheit der Anwesenden getroffen ist. Und wo ist die Gefahr größer, in einer von Männern besuchten Versammlung oder bei einem auch von Frauen und Kindern besuchten Vergnügen? Eine weitere Versammlung wird in einiger Zeit stattfinden.

Schwartau. Ein bedeutendes Feuer wüthete am Sonnabend im benachbarten Horsdorf. Es brannte das Gewebe des Landmannes M. u. f. Man vermuthet, daß Schadhaftheit des Schornsteins die Ursache gewesen ist.

Hamburg. Gegner des Marinismus. Freitag Abend fanden im zweiten und dritten Hamburger Wahlkreise elf große Volksversammlungen statt, in denen über das Thema: „Die Flottenvermehrung und das Volk“ referirt und die Flottenvorlage der Regierung entschieden verurtheilt wurde. Die Versammlungen waren von tausenden Hamburger Einwohner, Arbeiter und Kleinbürger, besucht, und überall wurden Protestresolutionen gegen die Marinevorlage angenommen. So sprach das Volk von Hamburg sein Urtheil über die geplante Flottenvermehrung, der vor einiger Zeit von der kleinen Gruppe von Handelsherrn in der bekannten Börseversammlung das Wort geredet wurde.

Bergedorf. Eine Volksversammlung tagte am Freitag Abend in „St. Petersburg“. Ueber „Die Flottenvermehrung und das Volk“ sprach unter großem Beifall Genosse Martike-Hamburg. Derselbe beleuchtete unter Aufmerksamkeit der Anwesenden ausführlich die Wirkungen der neuen Flottenvorlage, wovon das Volk keinen Nutzen habe, wohl aber die Kosten auf seine Schultern nehmen müsse. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher gegen die Vermehrung der Kriegsflotte entschieden protestirt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Reichstag seine Zustimmung zu der Vorlage verjagen werde.

Zehe. Ein neuer Kandidat. Zur kommenden Reichstagswahl soll von der national-sozialen Partei der Pastor Zehe als Kandidat im 5. Schleswig-holsteinischen Wahlkreis aufgestellt werden. Die übrigen „reichstreuen Parteien“, als Freisinnige Vereinigung, Nationalliberale, Bund der Landwirthe, Antisemiten u. haben sich belanlicht für den national-liberalen Herrn Kahle entschieden. Die freisinnige Volkspartei will ebenfalls einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Neumünster. In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der hiesigen städtischen Kollegien ist der Antrag von vier Stadtverordneten, den Zensus für die kommunalen Wahlen wieder von 1200 Mk. auf 900 Mk. zu ermäßigen, vom Magistrat einstimmig, vom Stadtverordneten-Kollegium mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Eine Abänderung des Wahlreglements tritt also nicht ein.

Überster Stadttheater.

„Onkel Bräsig“. Lebensbild in 5 Akten nach Frey Reuters „Ut mine Stromtid“ von Caspman und Krüger. Wer kennt nicht die aus dem Leben gegriffenen Charaktere Reuters? Wer kennt nicht Zacharias Bräsig? Dem Volkleben entnommen hat Reuter die in seinen Werken vorkommenden Personen, mit großer Naturtreue hat er sie dem Volke geschildert. Nicht Grafen und Barone hat Reuter zu seinen Helden gewählt, nein, Männer die arbeiten können, müssen und müssen sind es. Dazu kommt der gesunde, prächtige Humor, mit dem das Ganze durchwürgt ist, der selbst den ärgsten Hypochonder ein Lächeln abnötigen muß. Wenn eine solche Dichtung dramatisch bearbeitet wird, geht derselben gewiß immer von ihrer ursprünglichen Wirkung ab, doch ganz kann sie dieselbe nie verlieren. Die Herren Caspman und Krüger haben bei dem Versuch, Reuter auf die Bühne zu bringen, gewiß richtig spekuliert, wenn sie dachten die Volkstümlichkeit des Dichters würde ihrer Bearbeitung von großem Nutzen sein, denn Mancher der den Onkel Bräsig leidenschaftlich auf den Brettern vor sich sehen sieht, verzehrt den Bearbeiter wohl die Art, wie sie Reuters Werk zugeführt haben. Eine große Schwierigkeit für die Aufführung ist und bleibt eben der mecklenburgische Dialekt. Es giebt nur wenige Schauspieler die demselben ganz gerecht werden können. Bei der geführten Vorstellung gab es eine kleine babilonische Sprachverwirrung. Es wurde Hamburger, Überster und andere Sorten Platt gesprochen. Dem Mecklenburger Dialekt am nächsten kam noch Herr Thies, der die äußerst dankbare Rolle des Inspektor Bräsig übernommen hatte; auch sonst ließ der tüchtige Künstler erkennen, daß er mit Lust und Liebe bei der Sache war. Von größter Wirksamkeit war die Szene im Kirchbaum und diejenige, in welcher er dem Pommeselstopp die Wahrheit sagt. Für den Inspektor Havemann hätten wir lieber einen anderen Vertreter gesehen, denn Herr Durcharb liegt dieselbe nicht recht. Auch macht ihm der Dialekt augenscheinlich Schwierigkeiten, und so sah Alles an ihm gezwungen aus. Das Ehepaar von Rambow wurde von Herrn Billich und Fr. Starke angemessen gegeben, und machte namentlich letztere einen sympathischen Eindruck. Die übrigen vieler kleineren Rollen waren durch die Herren Marlow (Franz), Köpflin (Eribelsh), Jollin (Pommeselstopp), Kirchberg (Mäster), Geisendorfer (Rudolf) und Gallert (Gottlieb) annehmbar besetzt, während Frau Wachee (Frau Mäster) der Gebrauch des Hamburger Dialektes und die Art, wie sie sich geschnitten hatte, nicht zum Vortheil gereichte. Das Publikum war zahlreich erschienen.

„Marie, die Tochter des Regiments“, Oper in 2 Akten von Donizetti, und „Der Bajazzo“, Oper in 2 Akten von

Leoncavallo, bildeten das reichhaltige Programm der gestrigen Sonntagsvorstellung in unserem städtischen Musiktempel. Ueber beide Opern ist in den Vorjahren schon mehrfach ausführlich berichtet, so daß es nur einer kurzen Besprechung der gestrigen Wiedergabe bedarf. Die Aufführung war, um Portensio zu sprechen, stellenweise sehr gut. Namentlich hatte die Titelpartie in Frau Adler. Inugonnet eine Vertreterin gefunden, welche auch den Ansprüchen eines großstädtischen Publikums hätte genügen können. Ihre stotter, frisches Spiel, sowie ihre Gesangskunst, welche die Schwierigkeiten, die der Komponist ihr durch die vielen Triller und Läufer bereitet, mit Leichtigkeit bewältigte, und namentlich der schöne Vortrag ihrer Einlage, einer französischen Arie, sicherte ihr einen vollen Erfolg. Ihr Partner, Herr Sträh, gab den Tonio mit Erfolg. Die Herren Scherel und der immer originelle Thies trugen zur Erheiterung des sehr zahlreichen anwesenden Publikums wesentlich bei. — Die Besetzung des „Bajazzo“ ist in den Hauptpartien die vorzüglichste des Vorjahres. Das Ensemble wurde durch die Herren Baum (Silvio) und Sträh (Pacellin) entsprechend vervollständigt. Herr von Strauß hatte, wie immer, die Leitung der Opern und das blüht schon von vornherein für einen Erfolg.

Aus Nah und Fern.

Hyänen des Schlachtfeldes. Aus zuverlässiger militärischer Quelle geht einem Leipziger Blatte eine Zusammenstellung des von vier sogenannten Schlachthyänen im deutsch-französischen Kriege auf dem Schlachtfelde von Gravelotte von Todten und Verwundeten erbeuteten Raubes zu. Die Räuber waren von Soldaten der Sanitätsarmee, die das Schlachtfeld nach Verwundeten absuchten, überrascht worden. Zwei der Leichenräuber, ein Bergmann in Priesterkleidung und ein Gastwirt, welche einen Fluchtversuch machten, wurden von den Sanitätsoldaten verfolgt, eingeholt und der Bergmann an einem Baume aufgehängt, der andere aber, als ihm dasselbe Schicksal bevorstand, von einem hinzukommenden höheren Offizier gerettet und vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn als Vangefangenen nach Koblenz schickte. Drei solcher Schurken mit Johanniterkreuzen auf der Brust, fand man, noch mit dem Raube in den Taschen, todt unter den Leichen liegen, von Verwundeten, die sie berauben wollten, niedergeschossen. Bei einem der beiden von den Sanitätsoldaten gefangenen Räuber, dem im Priestergewande, fand man in einer umgehängten Tasche gegen 80 Ringe, von welchen viele noch an den abgeschrittenen Fingern steckten, an 300 Uhren, Geldtaschen, Bursen und Ordenszeichen, im Gesamtwerthe von 26 000 Thalern.

Eine Stufenleiter. Es giebt unter den Momentphotographen natürlich gute und schlechte, aber eine Kategorie für sich bildet in Ehrlichkeit und humoristischer Selbstverspottung jener Lichtkünstler, der mit großen Lettern an seiner Bude kündigt:

Prachtvolle Porträts zu verschiedenen Preisen.
Garantiert vollkommene Aehnlichkeit 2 Mark.
Sehr große Aehnlichkeit 1 Mark.
Familienähnlichkeit 50 Pf.
Er hatte die Lacher auf seiner Seite und nicht minder — die Besteller.

Auch eine „Ansichtskarte“. Ein Wiener Fialerkutscher hatte seinem früheren Herrn auf einer Postkarte geschrieben: „So sein a Affenschädel, daß Eb's wissen.“ Der Fuhrherr klagte. — „Wie kamen Sie dazu, dergleichen auf eine offene Karte zu schreiben?“ fragte der Richter. — „Na, i hab' m'r denkt: schreibst eahm a Ansichtskarten; das is hiazt so Brauch.“ Der Richter hielt dem Angeklagten das corpus delicti, eine gewöhnliche Postkarte, hin. — „Wieso Ansichtskarte?“ — „Na ja, was denn? Was da auf dem Karten steht, is mei Ansicht über eahm, bös darf'n S' m'r glaub'n.“ — Diese neueste Ansichtskarte erzielte einen Preis von fünf Gulden.

Ein Bären-Dorado. Die größte Bären-Heimstätte in den Vereinigten Staaten bildet die Reservation der Navajo-Indianer. Dort wird nie Jagd auf Bären gemacht, die sich daher einer ungestörten Existenz und Vermehrung erfreuen. Jenen Indianern ist nämlich der Bär ein geheiligtes Thier, das nur getödtet werden darf, wenn es eine Rothhaut getödtet hat und genau erwiesen ist, welcher Bär der Mörder war. Dann versammelt sich der Stamm unter Führung seines Medizinmannes vor der Höhle des Bären und bittet ihn, daß sein Geist keine Rache üben möge, wenn man, der Noth gehorchend, seinen Körper umbringen wird. Darauf dringen zwei Krieger in die Höhle und tödten den Bären, der alsdann ein anständiges Begräbniß erhält.

Stadttheater. Morgen, Dienstag, wird H. Wagner's „Die Meistersinger von Nürnberg“ in der bekannten vorläufigen Besetzung gegeben. Für die Premiere von Gerhart Hauptmann's „Die versunkene Glocke“ giebt sich ein überaus lebhaftes Interesse unseres kunstsinigen Publikums kund. Ueber das jüngste Werk des berühmtesten Dichters der modernen Richtung in der Literatur ist bereits so viel geschrieben worden, daß ein näheres Eingehen auf die herrliche Sprache und den poetisch-klassischen, den wirklichen Dichter verrathenden Inhalt, wohl erübrigt wird. Betonen wollen wir nochmals, daß das Stück von Herrn Direktor Erdmann-Jesinger in Szene gesetzt wird und der Erfolg des Stückes durch die Besetzung der Rollen Unterstützung finden dürfte.

Quittung.

Für den Wahlfonds.

Von Ungenannt durch B. 5,20 Mk.

Quittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:

Vom Moislinger Arb. Verein 10,— Mk.

Weitere Gelder nimmt gerne entgegen:
Die Expedition des Volksboten,
Johannisstraße 50.

Sternshanz-Viehmarkt.

Hamburg, 8. Januar

Der Schweinehandel verlief gut.
Angekauft wurde 320 Stück. Preise: Verlamtschweine (s. w. r. e.) 58 59 Mk., leichte 58 59 Mk., Schen 50—54 Mk. und . . . 57 59 Mk. pr. 100 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Logis zu vermieten

Burgstraße 5.

Zu verm. e. kl. Wohnung Peterstr. 2a.

Gesucht zu sofort oder zum 1. Februar ein ordentliches Mädchen.
F. Lange, Gastwirth, Stodfeldsdorf.

Zu verkaufen eine Schiebethür und 4 Füllthüren mit Anschlag
Mittelstraße 20 a.

M. Mathisen, Hutmacher
wohnt jetzt Kl. Alleestraße 21.

Uhren reinigen 1,50,
Federn einsehen 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.

Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Laubsäge-Holz
per Meter von Mk. 1 an.
Vorlagekatalog und Preisliste
über alle Laubsäge-Utensilien gratis.
G. Schaller & Comp.
Konstanz, 3 Marktstraße 3.

Sämmtl. Colonial- u. Fettwaaren

empfehlen zu stets billigsten Preisen.
Zugleich bringe ich auch meine

Schankwirthschaft und Bierhalle
in gütige Erinnerung.

Ausshank von ff. Actien-Böck.
Jac. Timmermann
Mittelstraße 20 a.

Durch Zufall schöne Bauernbutter
Pfd. 90 Pf.

Ganz frische hiesige Eier, 4 Stück
30 Pfg., sowie die besten französ.
Eihartoffeln

empfehlen
Heinr. Wischendorf,
Rück- und Butterhandlung, Königstraße 88.

**Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-
brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener
(nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.**

Inh.: G. Teichgräber.

Ger. Carbonade (Alteß) 65 Pf.	Servelat-Wurst 1,20 Mk.
Ges. Carbonade = 60 Pf.	Mettwurst (Landrauch) 1,00 Mk.
Ger. Vorderhäuten = 53 Pf.	Rothwurst 60 Pf.
(zu ganzen Schinken.)	Leberwurst 60 Pf.
Ger. Schweinstöpfe = 40 Pf.	Rohlwurst 60 Pf.
Ger. durchgew. Speck = 70 Pf.	Sülze (Brestopf) 60 Pf.
Ger. fetten Speck = 60 Pf.	

empfehlen

Ferd. Schreiber, Langer Lohberg 20.
Laden links.

**Achtung!
Versammlung**

der unverheirateten Zimmerer Lübeck's
am Dienstag den 11. Januar
Abends 8 Uhr
im Verbandslokal.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Klauenöl

präparirt für Nähmaschinen und
Fahrräder von
H. Möbius & Sohn,
Knochenölsabrik, Hannover.
Zu haben in allen besseren Handlungen.

Beste Meierei-Butter, Pfd. 1,10 Mk.
Friscbe Fendung Bauern-Butter,
Pfd. 90, 95 Pfg. u. 1 Mk. Friscbe
Land-Eier, 4 Stück 30 Pfg.
F. Nehlsen, Rosenstraße 21.

Vorzügliches
Zippendorfer Schwarzbrot
(von A. Weiss) liefert
Th. Storm, Königstr. 98.
Telephon No. 473.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hülfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**
(Zahlstelle Lübeck.)

Verammlung

am Dienstag den 11. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
bei F. Lecke, Lederstrasse 3.
Tages-Ordnung.
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband

General-Versammlung

am Dienstag den 11. Januar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Abrechnung.
2. Neuwahl der Lokalverwaltung und sämtlicher Hülfsbeamten.
3. Antrag betr. Anschluß an den Mecklenburger Agitationsbezirk.
4. Fragekasten.
5. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
NB. Die Ablieferung der noch ausstehenden statistischen Fragebogen muß spätestens in dieser Versammlung erfolgen.
Die Lokalverwaltung.

Stadt-Theater.

Heute Montag, Anfang 7 Uhr.
Größter Lacherfolg.
Hans Hucklebein
Dienstag: 69. Abom.-Vorst. 3. Abth. Gelf.
Anfang 6 1/2 Uhr.

**Die Meistersinger
von Nürnberg.**

Mittwoch den 12. Januar 1898.
1. Gesellschaftsabend der Spielzeit.
Bei festlich erleuchtetem Hause.
Außer Abonnement. Dvorn-Preise.
Zum 1. Male. Neuheit.

Die versunkene Glocke.

Ein deutsches Märchendrama in 5 Aufzügen von
Gerhart Hauptmann.
In Scene gesetzt von Director Erdmann.
Die verehrlichen Besucher des 1. Ranges und
des Parquet werden höfl. ersucht, in Gesellschafts-
toilette zu erscheinen.

Speise-Halle Hansa.

Mengstraße 24.
Heute Dienstag: Apfelsuppe mit Ories, geräuch.
Speck, Pudding, Pflaumensauce, Kartoffeln.
Mittageffen von 1/2 12—2 Uhr.

Poetische Eihelfer der Marine-Enthusiasten.

Die „Kölnische Ztg.“ und ihre Ableger und Nachbeter im Blätterwald der deutschen marinesromantischen Presse haben jüngst Herweghs Lied von der deutschen Flotte abgedruckt. Es ist ein altes treffendes Wort, daß auch der Teufel die Bibel zitieren kann, wenn es ihm in den Kram paßt. Warum sollte da die Kölnerin und ihr Preßgeschwister nicht einmal einen Freiheits-Dichter zitieren und seinen Namen mißbrauchen und unnützlich führen, wenn sie es für sich für nützlich halten?

Da sind ja in Herweghs Lied etliche Brocken, die den Weltwasserpolitikastern baß behagen. Da soll mit deutschem Segeltuch „die Welt gewonnen“ werden, Deutschland der „Hirt der großen Völkerherde“ und der „Welt-Erneuerer“ sein. Auch das „perfide Albion“ mit seiner „Kramertwage“ bekommt sein Theil: Deutschland wird gemahnt, nicht mehr „der Sklave jenes Leoparden und seiner schubden Bier“ zu bleiben usw.

Wir können nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß das Gedicht Herweghs aus den „Gedichten eines Lebendigen“ von 1841 doch nicht so ganz für unsere heutigen Wasserpatrioten paßen will. Der Dichter glaubte damals, daß es nur der Einigung Deutschlands und der Erhebung eines Kaisers bedürfe, um nicht nur dem Elend der Kleinstaaterei, sondern der ganzen deutschen Misere ein Ende zu machen. Wie sehr Herwegh selbst von diesem Traum später abgekommen ist, weiß die Welt: „Die Neuen Gedichte“ vom Jahre 1877 sind ein sehr deutlicher Beweis; dieselben wurden bekanntlich unter dem Sozialistengesetz flugs verboten. Wir rathen der Kölnerin, auch diese Gedichte sich zuzulegen und jeweilig ein schönes Poëm daraus abzudrucken.

Aber auch in Herweghs Flottenlied, das eben für 1841 und nicht für die Marineworlage von 1897 gedichtet worden ist, steht mancherlei, was den Wasserpatrioten nicht in den Kram paßen dürfte.

Vor allen Dingen ist zu bemerken, daß Herwegh sein Gedicht an das deutsche Volk und dessen Flotte gerichtet hat, nicht aber an Kiele, die Namen führen wie Sr. Majestät Torpedoboot X Y Z oder so ähnlich.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß in diesem, wie in vielen Gedichten jener Zeit ein ganz unbestimmter Kriegsthatendrang (spricht*), welcher wünschte, daß Deutschland im Innern von wegen seiner Regierungen so schwer zu einigen, im Kampfe mit einem äußeren Feind Einheit und Freiheit erringen möchte.

Es wäre nicht schwer zu erweisen, daß Freiheit und Wohlfahrt deutschen Volkes und Landes durch Verwirklichung der Pläne unserer Wasserpatrioten nicht gefördert werden können, sondern wesentlich geschädigt werden müssen.

Herwegh versprach sich von Erfüllung der Flottenträume und Seegewalt die Freiheit auch in Poesie:

Liedt sie dich nicht, der Weher nicht von Thule,
Das wilde Meer, der Freiheit Hohe-Schule?

*) Wegen desselben wird gerade Herwegh von mehreren reaktionären Litteraturhistorikern arg gerügt.

fragt er und fährt dann fort:

Das Meer wird uns vom Herzen spalten
Den letzten Rest der Tyrannet,
Sein Hauch die Ketten wehn entzwei
Und unsre Wunden kühlen.
O laßt den Sturm in euren Loden wühlen,
Um frei wie Sturm und Wetter euch zu fühlen;
Das Meer, das Meer macht frei!

Nur dürfen sich nicht die verzweifelten Feuerleute, um dem Elend ihrer „Freiheit“ an Bord zu entgehen, über Bord ins Meer stürzen; nur darf nicht der liebliche Gesang des Liebes vom „schönen grünen Jungferkraut“ das Kammergeschrei der nach deutschem Schiffsbrauch geprägten Matrosen anmutig begleiten und mit Taft und Melodie die Greuel solcher Vorgänge trügerisch verhüllen! Die Schilderungen, welche wir jeweilig von dem Leben deutscher Seeleute an Bord erhalten, reimen sich schlecht zusammen mit folgenden Worten:

Kühn, wie der Adler kommt geflogen,
Nimmt der Gedanke dort den Lauf,
Kühn blüht der Mann zum Mann hinauf,
Den Kläden umgebogen.

Die Kölnerin und Konsorten hätten auch bei Freiligrath ein Zeugnißzwangsverfahren anzuwenden und Verse von ihm als Eihilfe anrufen können. Da heißt es in dem Gedicht „Zwei Flaggen“, geschrieben zu St. Goar am Rhein im April 1844 im letzten Vers:

Geduld'ger Strom, du trägst und wiesst
Der Franken Banner und des Slaven!
Daß du ein deutsches eudlich trägst,
In jeder Bucht, in jedem Hafen!

Nur schade, daß in demselben Gedicht die französische Tricolore gefeiert, und die andere Flagge, der „Doppeladler aller Kräfte im gelben Feld“ heftig angegriffen wird.

Von besagtem Wappenthier heißt es:

Der selbe schwarze, der zerfleischt
Den weißen (Polens) jüngst als gute Beute;
Der selbe, der das Dach umkreist
Wildfreier Bergbewohner heute;
Der selbe, der von seinem Vol
Mundspäht mit immer läuherm Dräuen,
Und, als der Despotie Symbol,
Feind und verhaßt ist allen Freien!

Der selbe, der zu dieser Frist
Als Büttel haust auf unsern Grenzen,
Der gegendeutsch und undeutsch ist,
Und dem wir dennoch feig scherzungen;
Der nur aus Schlanheit eng und fest
Den Andern dießseits sich verbündet,
Und Theil in jedem deutschen Nest
Ein' Filial des eignen gründet!

Natürlich paßt das nicht für das Jahr 1897, wo der „große Freund im Osten“ seine Hand über unsere chinesische Abenteuer nach Kiautschau schirmend und segnend hält.

Auch die 6 Sonette Freiligraths unter dem Titel „Flottenträume“ wäre bedenklich zu zitieren für unsere uferlosen Flottenschwärmer; dachte sich der Dichter doch, die erträumten Schiffe unter schwarz-roth-goldner Flagge segelnd! Auch die Namen, welche Freiligrath ihnen ersann, sind zum Theil „konfiszirlicher“ Natur. Die „Die Sieben“ soll ein Schiff heißen nach den 7 Göttinger Professoren, die nach dem hannöverschen Verfassungsbruch ihr Amt niederlegten und ausgewiesen wurden; „die freie Presse“ ein anderes, ein Name, der heutzutage auch nur blutiger Hohn wäre.

Auch Freiligraths „Flottenträume“ gipfeln darin, daß eine gemein-deutsche siegreiche Wikingerfahrt die politische Einheit und verfassungsmäßige Freiheit bringen sollte:

„Sorgt für ein Forum, schafft die Rednerbühne!“

mahnt er am Schluß des letzten Gedichtes.

Daß duzendmal beschlossene Entwürfe der deutschen Volksvertretung nach der Verfassung des einigen Reiches aber ein Duzendmal vom Bundesrath in den Papierkorb geworfen werden könnten, hat sich unser Flottenräumer wohl damals nicht mitträumen lassen!

Bei dieser Flottenpoesie dürfen wir des Schalls nicht vergeß'n, Heinrich Heines, der ob der Flottenträume lustig die Peitsche seines Humors schwang in dem Gedichte im 4. Buch der Zeitgedichte, überschrieben: Unsere Marine. Nautisches Gedicht.

Da lesen wir:

Wir träumten von einer Flotte jüngst,
Und segelten schon vergnüglich
Hinaus auf's ballenlose Meer,
Der Wind war ganz vorzüglich.

Wir hatten unsere Fregatten schon
Die stolzesten Namen gegeben,
„Bray“ hieß die eine, die andere hieß
„Hoffmann von Fallersleben“.

Folgen noch

„Der Mutter „Freiligrath“ . . .“

Ein „Pfezer“, ein „Köln“, ein „Mayer“.

Und endlich

„Die „Virch-Pfeiffer“, eine Brigg“.

Dann heißt es weiter:

Wir kletterten led an Bugspriet und Mast
Und trugen uns wie Matrosen,
Die Jacke kurz, der Hut betheert
Und weite Schifferhosen.

Gar mancher, der früher nur Thee genoß,
Als wohlgepogener Eh'mann,
Der soll jetzt Rum und saute Tabak
Und suchte wie ein Seemann.

Seefrank ist mancher geworden sogar
Und auf dem „Fallersleben“,
Dem alten Brandt, hat mancher sich
Gemüthlich übergeben.

Wir träumten so schön, wir hatten fast
Schon eine Seeschlacht gewonnen,
Doch als die Morgenlönne kam,
Ist Traum und Flotte zerronnen.

Wir lagen noch immer im heimischen Bett
Mit ausgestreckten Knochen.
Wir riefen uns aus den Augen den Schlaf
Und haben gähmend gesprochen:

„Die Welt ist rund. Was nützt es am End',
Zu schaukeln auf mäßiger Welle?
Der Weltumsegler kommt zuletzt
Zurück auf dieselbe Stelle.“

Wir müßten zum vollen Verständniß dieser Gedichte von Anno dazumal die ganze Zeitgeschichte, namentlich die der vom Frankfurter Parlament begründeten und mit 6 Millionen Gulden subventionirten ersten deutschen Flotte hersehen bis zu ihrem seligen Ende, da Herr Hannibal Fischer ihre Reste meistbietend versteigerte. Dazu aber fehlt es uns an Zeit und Raum. Wir wollten hier nur zeigen, daß es immer mißlich ist und bleibt, wenn der Teufel die Bibel und die Wasserpatrioten die Freiheitsdichter der vierziger Jahre zitieren.

Tell.

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(6. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

V.

John Barns, der berühmteste Detectiv New-Yorks, ist in seinem Bureau in der vierzehnten Straße Nr. 197 mit Brieffschreiben beschäftigt.

Soeben hat er einen Bogen überlesen und will ihn befriedigt zusammenfalten, als die gepolsterte Thür sich geräuschlos öffnet.

Sein Sekretär steht auf der Schwelle.

„Herr Barns, ein Herr ist draußen.“

„Sein Name?“

„Er will ihn nicht nennen.“

„Wie sieht er aus?“

„Anständig.“

„Wie alt?“

„Ungefähr fünfzig.“

„Amerikaner?“

„Ich glaube nicht; sein Accent ist fremd.“

„So —! Lassen Sie ihn eintreten!“

Der Sekretär verschwindet lautlos, wie er gekommen war.

Gleich darauf öffnet sich die Thür abermals. Ein Herr tritt ein mit jenem gewissen Widerstreben, welches den Mann kennzeichnet, der zum ersten Mal ein Privat-Detectivbureau besucht.

„Herr Barns?“ bemerkte er in fragendem Tone.

„Zu dienen. Bitte, mein Herr wollen Sie sich nicht setzen?“

Barns springt von seinem hohen Arbeitssessel herab und deutet auf einen Stuhl.

Der Fremde nimmt Platz. Barns setzt sich neben ihn auf den Stuhl.

„Mein Name ist Petersen,“ beginnt Jener zögernd.

„Ich wollte ihn dem jungen Mann draußen nicht nennen weil —“

Der Detectiv macht eine abwehrende Handbewegung. Ueber sein glattrasirtes Gesicht huscht ein leises Lächeln. Dieser Fall ist ihm nicht neu.

„Ich lebe sonst in Norwegen, in der Nähe von Christiania,“ fährt der Fremde etwas lebhafter fort, „und bin seit einiger Zeit zu Besuch hier in Newyork. Ich habe Sorgen —“

„Das ist gewöhnlich der Fall, wenn die Leute zu mir kommen,“ unterbricht ihn der Andere freundlich. „Meine Sache ist es, die Leute aus den Sorgen und Verwickelungen herauszubringen.“

„Sie haben viel Erfahrung darin?“

Lächelnd legt Barns die Hand auf einen dicken Folio-band, der mit einem Sicherheitschloß versehen ist.

„Wenn Sie einmal einen Blick hier hinein werfen könnten, Sie würden sich wundern! Zwar kann auch ich nur Mögliches leisten; aber darin — das behaupte ich kühn — thut es mir so leicht keiner der Kollegen nach. . . Sie wünschen meine Hilfe in einer Privatsache wie?“

„Ja.“

„So erzählen Sie mir den Fall! Aber ganz genau Sie können gar nicht zuviel Einzelheiten anführen. Betrachten Sie mich als eine Art von Arzt, dem man alle Symptome seines Leidens anvertrauen muß!“

„Sie haben Recht, Herr Barns,“ entgegnet Petersen mit wiedergewonnener Energie. „So hören Sie! Ich bin Wittwer und besitze zwei Kinder — einen Sohn und

eine Tochter. Ich liebe Beide sehr, besonders meinen Sohn, das treue Abbild meiner theuren, frühverstorbenen Gattin. Er ist ebenso gut, so warmherzig und zartfühlend, wie sie es war. Er ist dreißig Jahre alt, hat das Gymnasium besucht und im vorigen Jahre seine landwirthschaftlichen Studien mit Auszeichnung beendet. Da ich es für gut halte, wenn junge Leute die Welt kennen lernen, habe ich mit meinen beiden Kindern, bevor mein Sohn das Gut übernimmt, eine Reise durch ganz Europa gemacht. Daran schloß sich von Genua aus eine Tour nach den Vereinigten Staaten. Zur letzten Reise bewog mich besonders eine Angelegenheit meiner Tochter.“

Herr Petersen macht eine kleine Pause. Durch eine Geste bittet ihn der aufmerksam zuhörende Detectiv fortzufahren.

„Wir sind jetzt drei Wochen in New-York, haben von hier aus ein paar Absteher nach Philadelphia, Washington und dem Niagara gemacht und wollten uns übermorgen auf der „Columbia“ nach Europa einschiffen. Mir war dies lieb, denn in letzter Zeit hat mein Sohn sich sehr verändert. Früher stets heiter und zum Scherzen aufgelegt, ist er jetzt in sich gefehrt und läßt uns sogar öfters allein ausgehen.“

„Um hm!“ macht der Detectiv.

„Heute früh, als ich ihn sagte, daß wir übermorgen New-York verlassen, da wurde er ganz bleich und erklärte, er müsse hier bleiben, ich möge ihm nicht zürnen.“

„Er hat sich verliebt, wie?“

„Ja, er hat sich in eine Amerikanerin verliebt. Mein Sohn ist kein Kind mehr. Ich kann ihn nicht zwingen, mit mir zu kommen. Aber in mancher Beziehung ist er noch so harmlos, daß ich ihn nicht allein in New-York zurücklassen möchte.“

Soziales und Partei-Leben.

Spornig. Das Koalitionsrecht im gelobten Lande Mecklenburg. Am Mittwoch, den 5. d. M., sollte in Spornig bei Parchim eine öffentliche gewerkschaftliche Versammlung stattfinden mit der Tagesordnung: „Wie kann der Arbeiter seine Lage verbessern?“ Das Referat hatte Genosse Schmidt-Vollstedt übernommen. Zweck der Versammlung war, eine Vereinigung der Arbeiter an dem Orte anzubahnen. Nachdem der Referent kaum eine Viertelstunde gesprochen, erschienen der Gensdarmmeister Kramer aus Neu-Nacht und forderte das Vorzeigen einer schriftlichen Genehmigung der Versammlung. Auf Erwiderung des Referenten, daß es bei gewerkschaftlichen Versammlungen einer ministeriellen Genehmigung nicht bedürfe, erklärte der Beamte die Versammlung für aufgelöst. Auf Anfrage des Referenten, auf Grund wessen die Auflösung erfolgt sei, erhielt er die Antwort, daß er, Kramer, die Verhinderung für eine polizeiliche Angelegenheit habe. Diese Auffassung ist um so mehr befremdend, da der betreffende Beamte bei Beginn der Versammlung nicht anwesend war, und folglich nicht wissen konnte, was hier gesprochen wurde. — Wir würden vorschlagen, dem § 152 der Gewerbeordnung für das Oberrhein-Land einen Zusatz zu geben, wonach der Inhalt, das die Einschränkung darüber, ob eine diesem Paragraphen entsprechende Benutzung des Koalitionsrechts stattfindet, ein für alle mal den sachverständigen Gensdarmen übertragen wird. NB. Mit Gültigkeit nach für Strelitz.

Das Gewerkschaftskartell in Halle hat eine siebenstellige Kommission gewählt, der die Aufgabe zugewiesen wurde, eine Vorlage über Errichtung einer gewerkschaftlichen Centralstelle bezw. eines Arbeitersekretariats auszuarbeiten. Die Vorlage wird später den einzelnen Gewerkschaften zur Besprechung vorgelegt werden.

Das Hoch und Senk.

Schwere Folgen eines Schloßersherzes. In der Behandlung eines Berliner Arztes befindet sich seit dem ersten Neujahrstage ein Schlächtermeister aus dem Osten, dem das Putzwerk in der Schloßerherzzeit sehr übel bekommen ist. Der Meister erzählt, er sei in ungeheurerem Zustande gewesen und von einer Anzahl junger Leute unter den Linden umringelt worden. Mergelich darüber habe er den, welchen er für den Hauptfehler gehalten, mit der Hand auf den Cylinderhut geschlagen, ohne gesehen zu haben, daß der obere Theil des Hutes mit einer großen Zahl Nadeln besetzt war. Nicht allein, daß der Schläger bei der Kraft, mit welcher der Schlag geführt wurde, sich die Nadeln tief ins Fleisch schlug, rief er sich beim Zurückziehen der Hand von zwei Fingern das Fleisch buchstäblich ab. Unter Zurücklassung des Hutes gelang es dem Besitzer, im Gedränge zu entkommen, während der Verletzte zunächst die Hilfe der Sanitätswache und später die seines Hausarztes in Anspruch nehmen mußte. Da bei dem Beigefangenen auch die Sehne verletzt ist, so befürchtet der Arzt, daß der Finger steif bleiben wird.

Der zufriedene Schuster. Ein hannoverscher Pastor kommt zu einem seiner Gemeindeglieder, einem verwitweten Schuster. Der Mann schildert ihm herzbeweglich die Leiden eines „Wittmannes“, so daß den Pastor ein menschliches Mitleiden packt. „Sie müssen wieder heirathen, Schuster,“ sagt er. — „Ja,“ meint der, „aber es weit keine, die mich nähmen.“ — „Gut,“ meint der Geistliche, „ich werde in der Gemeinde Umschau halten.“ Und der dankbare Schuster verspricht dem Pfarrer ein Paar Pantoffeln, wenn er ihm wieder

zum Blick der Ehe verhilft. Die Sache gelang. Der Schuster wurde verheirathet, aber die Pantoffeln — blieben aus. „Nu, mi leibe Meister,“ tippt endlich einmal der Pastor lächelnd an, „wo heit iest dat mit mine Pantoffeln?“ — „Ja, Herr Pastor,“ senkt der neue Ehemann und kratzt sich hinter den Ohren, „wenn Sri meck wedder von mine Frau helpt — cal make Sei een Paar Waterstäßel!“

„Grizao Ab Esel“ stand auf einem Briefe, der unlängst im Hauptpostbureau Luzern aufgegeben worden war. Der jungreife Beamte instruirte denselben in richtig kombinirendem Sprachgefühl nach Herisau, Appenzell, und der Brief gelangte an die gewünschte Adresse.

Schlimme Fahrt. Der Dampfer Friedlsand mit 300 Passagieren an Bord hatte auf der Fahrt von Newyork nach Antwerpen schwere Seestürme zu bestehen. Mehrmals war der Dampfer nahe daran, mit Mann und Maus zu Grunde zu gehen. Bei der Insel Wight wurden auf ihm infolge einer Explosion zwei Personen getödtet und drei tödlich verletzt. Der Dampfer mußte nach Antwerpen geschleppt werden.

Andre als Arrestant. Unter dieser Epithete erzählen russische Blätter ein lustiges, für die Bureaukratie des Kaiserreichs bezeichnendes Stückchen. Die Einwohner der Gemeinde Dimitriew in Ostsibirien sahen vor einigen Wochen an dem Thore ihres Gemeindehauses die folgende Bekanntmachung angeschlagen: „An den Gemeindevorsteher in Dimitriew. Heute erhielt ich vom Hofschalnik (Oberbeamten) des Kreises nachstehendes Telegramm: „In den Grenzen des Kreises befindet sich ein Arrestant Andre aus Norwegen gesehen worden sein. Wird er betroffen, so bitte um telegraphisch Nachricht. Angeht dessen empfehle ich den Gemeinden und Dorfschulzen, auf belagten Anoree innerhalb ihres Bereiches zu fahnden, ihn im Betretungsfalle festzunehmen und als Arrestanten in das Kreisgefängniß abzuliefern. Wasiliw. Kapitän (Kreisauptmann).“ Als das Gerücht verlautete, Andre wäre in Ostsibirien gesehen worden, erging von Petersburg aus der Befehl, von einem eornt. Erscheinen des Infschiffers sofort der Hauptstadt telegraphische Mittheilung zu machen. Der Telegraph hatte aus dem „Aeronauten“ einen „Arrestanten“ gemacht und die Intelligenz und der Eifer der russischen Subalternbeamten noch ein Uebrigtes gethan.

Selbstmord eine erbliche Krankheit. Der berühmte Hygieniker Professor Brouardel in Paris hat festgestellt, daß der Selbstmord durch Erhängen in manchen Familien geradezu erblich ansteckt. Nicht weil von dem Orte Erampes kennt Brouardel einen großen Bauernhof, dessen früherer Eigentümer sich eines Tages scheinbar ohne Grund aufhängte. Er hinterließ sieben Söhne und vier Töchter, von denen nicht weniger als zehn dem väterlichen Beispiele folgten, aber erst nachdem sie bereits geheirathet und Nachkommenschaft erzeugt hatten. Auch die Kinderkinder sollen wiederum sämtlich ihr Leben durch den Strick geendigt haben. Es lebt von dieser merkwürdigen Familie nur noch ein Mitglied, ein alter, 86jähriger Mann, der der Familientradition untreu geworden ist und das „Hänggaltel“ scheinbar bereits hinter sich hat. Uebrigens ist Brouardel der Ansicht, daß der Gedanke an den Tod durch Erhängen eine Ausziehungskraft auf alle Menschen mit schwach entwickeltem Verstande ausübt, besonders auch auf Kinder und auf Albinos.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich am Montag früh nahe der Station Dunbar in Schottland auf der Nord-Britischen Eisenbahn ereignet. Der Expresszug, der am Sonntag um 1/12 Uhr Nachts London verlassen hatte und mit zwei Lokomotiven bespannt war, lief in voller Geschwindigkeit in einen rangirenden Güterzug

hinein. Es war noch dunkle Nacht, so daß der Güterzug sich quer über das Geleise bewegte. Die Lokomotiven wurden emporgehoben und fielen zur Seite, beide Flügel wurden arg zertrümmert und auf einer langen Strecke wurde das Geleise zerstört. Der Führer der ersten Lokomotive sprang herab und erlitt nur an der Stirn eine scharfe Verletzung, der Führer der zweiten Lokomotive und zwei Heizer entkamen merkwürdiger Weise unverletzt. In den Trümmern der zusammengedrückten Personenzüge befanden sich Personen, die nur mit großer Anstrengung befreit werden konnten. Eine Lehrerin, Fräulein McAlpine, war getödtet, zehn Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Fräulein McAlpine befand sich auf der Fahrt nach Sterling, zur Beerdigung eines Verwandten.

Schwarze Schlanke. Wie der Stadtarzt der deutschen Schutztruppe in Ostafrika, Dr. Eggel, in einem Vortrage mittheilt, geht es mit dem Bekleidungsgefährt der katholischen und protestantischen Missionäre am Kikima-Nijchero nicht recht vorwärts. Die Regier wollen für das Aufheben einer Prodigat wie für die Arbeit bezahlt werden.

Quittung.

Am Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

- Angsburg, 11. 20. — Altona, v. Arbeitern v. H. P., Winterplatz 15. — Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kr. 100. — (darunter v. Genossen Bettermann 10. —) 3. Kr. 320. — (darunter E. C. 28. 20. —) 4. Kr. (Osten) 1000. — (darunter Ost 10. —, rotke Kindtaufe bei Krupp 2. —, Bierprocente v. 8 Lishern aus der Möbelfabrik von Böking u. Gleich 20. —, Buchhauer aus der Schwimmbaderstr. 6. —) 6. Kr. (Wedding und Oranienburger Vorstadt) 700. — (darunter Nordstadt 20. —, neugeborener Kapita list 12. —, auf dem Stiftungsfest des Gesangs „Nordwacht“ durch Frauen gesammelt 200, Zigaretten-Procente h. C. 7. 21.85). 6. Kr. (Schuh. Markt) 350. — (darunter N. 2. 150). Berlin, div. Beiträge: P. S. 60. — N. 10. 10. — Dr. U. 10. 10. — Hoch August 150. — Beitrag der Zeitungsleser von S. R. 7. — Die Wohlthäter von F. A. Treue, Wienerstr. 44. 5. — U. und H. 10. — Schierig aus Wilmersdorf 20. — Gehmelt. v. Genossen Reichel 280. — Tapezierwerkstatt Landbergerstr. 92. 100. — Buchbinderei v. M. Bading 10. — Fünf Putzmacher Königsstr. 25. 5. — Strohziefer der Firma Eaim u. Bender 25. — Rothe Buchbinder, Grünstr. 5. — Bau Mitgliebern des deutschen Buchbinder-Vereins im „Vorwärts“ 150. — Rother Konkursstudent 20. — Bergarbeiter Braungelstr. 5. — Gutenberg 100. — Auf zur Reichstagswahl 3. — Sparvereine der Löwenischen Wirtler 450. — Bierprocente der Geschäftsblücherfabrik v. A. Zumppe Dramenstr. 6. — Lou Wittig. d. U. Dr. 540. — Keraberg 10. — Bremen 300. — Langlau, b. d. Vertrauensmann 25. — Bunde i. W., gesammelt auf einer rothen Hochzeit in S. b. H. 2. — Braunsch. (A. hann. Wahlkreis), von Genossen 5. — Bremen 100. — Bamberg, Kleinf. Mohrstr. 5. — Bern, W. 2. 50. — Cottbus, S. 10. — Grimnitzschau 200. — Guntersdorf in Schlesien, von Genossen 10. — Dresden, 4. sächs. Reichstags-Wahlkr. 500. — Ernst, rother Pädagoge 3. — Elberfeld 200. — Falkenberg (Oberst.) 6. — Greiz, vom Wahlkreis Meiß u. L. 60. — Weira (Meiß) 50. — Gießen C. R. 5. — Gießen 10. — Harburg, Dr. C. P. für einen in Hamburg b. d. Buchbinder gehaltenen Vortrag 30. — Hamburg, div. Beiträge: Fortuna von 1888 Eppendorf 30. — Von den Nordmännern bei E. u. W. Schröder 11. — Hochzeitsfeier Schump. N. 3. — Postbote 3. — Freiheit, bei Hammet, Gertigstr. 10. — Arbeiter der Simon'schen Schiffsabrik 1. Kalle 16. — Zehoe 100. — Stellungsboten, von sächsischen Zigarettenfabrik 30. — Angersburg, 2. 200. — Luga, weil zweimal unerschuldigt verneth. 5. — München, Waldläufer 5. — Meissen, von sechs Nebenstehenden 11.51. — München, Genossen d. Gärtnerplatz-Viertels 36.30. — Marburg, ein Einsamer 10. — Mainz, gesammelt von rothen Goldschmieden 4. — Nordische Wasserkrante 30 000. — Nürnberg, für Necht gesammelt 5. — Neßitz 20. — Neßitz, rotke Kindtaufe 1.60. — Nischay, 11. sächs. Wahlkr. 10. — Pirna, Rolle Gottenbathal 6. — Rügenbain 12.50. — Reichenbach im Vogt. 50. — Stuttgart, G. U. 10. — Suhl, Wahlkreis Schleusing 20. — Schwiebs, Hochzeit 1.30. — Sagan, b. d. Vertrauensmann 3. — Saarabien, aus dem Königl. Stamm 10. — Staßfurt, von d. Parteigenossen 20. — Lambach-Dierhartz i. Th., von Genossen 5. — Württemberg 50. — Wilkau, rotke Kindtaufe 5. —

Berlin, den 6. Januar 1898.
Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kaybachstr. 91.

„Hätten Sie denn keine Lust, sich hier niederzulassen?“

„Das geht nicht. Mein Gut bedarf meiner.“
Forschend blickten die grauen Augen in die erregten Züge des älteren Mannes.

„Und das Mädchen?“ fragt er ernst.

„Es wäre mir nicht lieb, wenn mein Erbe schon heirathete. Er ist noch zu jung. Habe bei meiner armen Tochter gesehen, daß zu frühes Heirathen nicht gut thut. Doch das will nichts sagen, wenn das Mädchen seiner werth ist. Falls ich weiß, daß ich meinen Jungen ruhig hier lassen kann.“

„Ah, ich verstehe. Sie wünschen, daß ich den Charakter, die Verhältnisse und all das Drum und Dran der jungen Dame erforschen soll.“

„Ja ja, ganz recht!“ ruft Herr Petersen, erleichtert aufathmend. „Wenn ich ihm beweisen kann, daß sie seiner nicht würdig ist, wird er wohl genug Selbstachtung besitzen, diese unglückliche Neigung aus seinem Herzen zu reißen. Ist sie brav und unschuldig, so mag er sie meinetwegen heirathen.“

„Recht so, Herr Petersen. Sie sollen von mir einen genauen Bericht erhalten. Wollen Sie mir wohl freundlichst Namen und Adresse der jungen Dame nennen!“

Damit zieht der kleine behende Detektiv sein Notizbuch aus der Tasche und schlägt eine neue unbeschriebene Seite auf.

Wieder zeigen die Züge des Norwegers jene Verlegenheit, wie bei seinem Eintritt in das Detektiv-Bureau.

„Ich — ich kenne den Namen der Dame nicht,“ erwidert er zögernd.

Der Detektiv lächelt gutmüthig.

„So wollen wir Ihren Sohn fragen.“

„Mein Sohn weiß nicht mehr von ihr als ich, nur daß er sie ein paar Mal öfter gesehen hat. Er bildet sich ein, weil sie sehr schön ist, müsse sie auch sehr gut sein.“

Jetzt zeigen die undurchdringlichen Züge des Detectivs offene Bewunderung.

„Hat Ihr Sohn sich in das Mädchen verliebt, ohne zu wissen, wer sie ist?“

„Ja. Er hat noch niemals ein Wort mit ihr gesprochen.“

Barns schüttelte den Kopf. Solcher Idealismus ist ihm unbekannt.

„Doch,“ sagt er sich, „die Leute von da drüben, besonders die aus dem Norden, denken jedenfalls anders, wie wir praktischen Amerikaner.“

Beunruhigt durch sein Schweigen fragte Petersen ängstlich:

„Sie meinen, es wird nicht gehen —“

„O doch!“

„Aber wie?“

„Das werden Sie gleich hören. Haben Sie die junge Dame einmal gesehen?“

„Ja. Wir saßen neben ihr im Theater. Ich bemerkte sie erst, als das Stück zu Ende war. Sie ließ ihren Fächer fallen, und mein Sohn hob ihn auf, was sie sich lächelnd gefallen ließ. Seitdem habe ich sie nicht wiedergesehen.“

„Welchen Platz hatten Sie?“

„Parkett.“

„Welche Reihe?“

„Zweite Reihe, glaube ich.“

„War die Dame allein?“

„Nein, sie war in Begleitung einer älteren Dame. Diese fiel mir besonders auf, weil sie mich beim Vorbeigehen mit Blicken ansah, wie man sonst einen Mann in meinem Alter nicht ansieht.“

„Ich verstehe. Und das bestimmet sie eben, daß die junge Dame sich in einer solchen Gesellschaft befand, nicht wahr?“

„Jawohl.“

„War das Parkett ziemlich voll?“

„Ja. Ich bemerkte keinen leeren Stuhl.“

„Die Damen bezahlten also ihre Plätze. Die Freibillets sind in den hintersten Reihen.“

„Das glaube ich auch. Beide Damen waren höchst modern gekleidet. Sie besitzen sogar ein eigenes elegantes Fuhrwerk.“

„Woher wissen Sie das?“

„Mein Sohn sah sie seitdem öfters im Park.“

„Zu welcher Zeit?“

„Nachmittags — so zwischen drei und vier Uhr.“

Barns zieht seine Uhr. Dann springt er eilends vom Stuhl auf.

„Kommen Sie, Herr Petersen! Wir treffen Sie noch an. Zeigen Sie mir die Damen, und ich verspreche Ihnen: in wenig Tagen wissen Sie Namen und Adresse und alles Uebrige.“

Damit nimmt er Hut und Stock und bedeutet dem Norweger, ihm zu folgen.

Der Wagen, welcher letzteren hergebracht hat, steht noch vor der Thür. Nach einem raschen Blick auf das Gefährte sagt Barns leise zu seinem Begleiter: „Lohnen Sie den Kerl ab! Er sieht dumm aus und das Pferd ist schlecht. Paßt nicht für uns.“

(Fortsetzung folgt.)